

Frage des Tages

Soll das AKW Fessenheim doch nicht vom Netz genommen werden?

Das oberste französische Verwaltungsgericht hat das Dekret der Regierung wieder gekippt. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Gefällt der neue Look der Waldenburgerbahn?



Replik auf den Artikel über Thomas Kessler und die Basler FDP

Drogenpolitik ist nur ein Nebenthema

Von Christian Egeler, Nadine Gautschi, Dominique Marti, Thomas Kessler und Luca Urgese

Am Montag stand hier ein langer Kommentar zur Basler FDP. Doch eigentlich war es ein wirres Pamphlet, deshalb seien hier die Fakten nachgeholt: In einem Jahr sind Wahlen, für die Nationalratsliste hat die Basler FDP uns fünf Unterzeichnende nominiert. Im Vorfeld hat die Partei in der Liberalen Denkfabrik ein Jahr lang ihr Programm gründlich überarbeitet und es am 20. August Punkt für Punkt in einer öffentlichen Parteiversammlung durchdiskutiert und schliesslich verabschiedet – und zwar einstimmig. Es richtet die FDP urban, weltoffen und fortschrittlich aus; die Grundwerte Freiheit, Gemeinwohl (im Welschen: cohésion) und Fortschritt (innovation) wurden neu interpretiert, um Gesellschaft und Land fit zu machen für die grossen anstehenden Herausforderungen.

Basel-Stadt im Kern des zweitwichtigsten Wirtschaftsraums und als Zentrum einer trinationalen Region ist besonders gefordert. Unser einzigartiges Wohlstandsniveau – eine Leistung der bisherigen Generationen – kann nur mit weitsichtigen Investitionen und klugen Kooperationen mit allen Nachbarn, Bundesbern und den internationalen Partnern gehalten und weitergegeben werden. Die Rahmenbedingungen für Gesellschaft und Wirtschaft müssen top sein, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Die Industrie 4.0 wird mit der weitgehenden Digitalisierung zudem die Arbeits- und Lebenswelten neu definieren, und die Umweltprobleme erfordern tief greifende Korrekturen. Moderne Technologien bieten neue Chancen, aber die Risiken müssen minimiert und Bildung, Soziales, Verkehr und Sicherheit müssen zukunfts-tauglich ausgerichtet werden.

Prohibition kostet viel Steuergeld

Am meisten mediale Beachtung hat aber vorerst die Absage an die Drogenprohibition gefunden, seit den 1980er-Jahren ein Anliegen der Basler FDP. Was damals richtig war, ist es heute erst recht – die Prohibition kostet viel Steuergeld, schafft einen gigantischen Schwarzmarkt, behindert die glaubwürdige Prävention und verzichtet auf



Relevante Themen einbringen. Luca Urgese, Dominique Marti, Christian Egeler, Nadine Gautschi und Thomas Kessler kämpfen für die Basler FDP um einen Sitz im Nationalrat.

die Besteuerung zugunsten der AHV. Mit einer differenzierten, vernünftigen Regulierung soll dieser Missstand beendet werden: Rationale Politik ist freisinnig.

«Fünf Exponenten, die das Spektrum der Zukunftsthemen abdecken.»

Es ist aber ein Nebenthema, deshalb wurde es an der Nominationsversammlung kaum erwähnt. Alle Kandidierenden äusserten sich zu den wichtigeren Themen: Bundesgelder für Basler Infrastrukturen, gute Rahmenbedingungen für die Forschung, zeitgemässe Gesellschaftspolitik und Bildung, innovative Verkehrskonzepte, Fitness in Digitalisierung sowie Rechtssicherheit und verlässliche internationale Beziehungen.

Dies ist ein besonders wichtiger Pluspunkt für den Standort Basel/Schweiz, der nicht mit trotzigen «Selbstbestimmungs»-Abenteuern aufgegeben werden darf.

Mit einer Prise Humor

Die Basler FDP hat nun mit uns als Team fünf Exponenten nominiert, die das Spektrum der Zukunftsthemen abdecken und es auf nationaler Ebene einbringen können. Weshalb dieser transparente und seriös vorbereitete Prozess mit einem auffallend gehässigen Kommentar disqualifiziert werden sollte, bleibt offen.

Zur Klärung: Der freisinnige Regierungsrat Jörg Schild und seine Leute haben nicht nur die Schweizer Drogenpolitik geprägt, sondern auch die nationale Migrations- und Integrationspolitik. Sein Nachfolger Hanspeter Gass (FDP) hat diese Arbeit zu Gesetzesreife geführt, und mit Peter

Malama sel. (FDP) konnte die Integrationsstelle damals das Gewerbe für die Integrationsarbeit gewinnen und helfen, die Berufsbildungsmesse aufzubauen. Zu Beginn war das Projekt nämlich (noch) nicht überall willkommen.

Mit der «Aktion 98» des damaligen PMD und der «Integralen Aufwertung Kleinbasel» (IAK) begann schon 1998 pionierhaft die systematische Entwicklung der Stadtquartiere. Und unter Baschi Dürr (FDP) wurde 2016 die bikantonale Task Force Radikalisierung realisiert, seither ein Vorbild für den nationalen Sicherheitsverbund.

Wir haben als vernetztes Team also beste Voraussetzungen, die relevanten Themen einzubringen, und zwar so, wie das ausserhalb der Region von der florierenden Humanistenstadt auch erwartet wird: nämlich inspiriert, anständig und innovativ – und durchaus auch mit einer Prise Humor.

Juristenstreit um Fessenheim

Schliessungs-Entscheid gekippt

Paris. Das oberste französische Verwaltungsgericht hat das Regierungsdekret zur Schliessung des umstrittenen Atomkraftwerks im elsässischen Fessenheim gekippt. Die Richter des Staatsrates stellten sich damit auf die Seite der Gemeinde Fessenheim und von Gewerkschaften, die gegen das Dekret vom April 2017 Beschwerde eingeleitet hatten.

Der Betreiber EDF habe die Schliessung damals nicht beantragt, resümierte der Staatsrat. Laut französischen Medien muss die Mitte-Regierung von Premier Édouard Philippe nun ein neues Dekret erlassen. Der Beschluss zur Schliessung des Kraftwerks von 2017 war noch unter dem sozialistischen Präsidenten François Hollande veröffentlicht worden.

Der Schliessungstermin für Fessenheim ist bisher unklar geblieben. Die staatliche französische Atomaufsicht bereitet sich nach jüngsten Angaben auf das Abschalten bis 2022 vor.

Das AKW Fessenheim, das nur 35 Kilometer von Basel und der Schweizer Grenze entfernt liegt, ist das älteste aktive Atomkraftwerk in Frankreich und gilt bei Kritikern seit Jahrzehnten als Sicherheitsrisiko. Ursprünglich hätte das Kraftwerk bereits früher vom Netz gehen sollen. SDA

Basel wächst und wächst

Der Kanton hat wieder über 200 000 Einwohner

Basel. Der Kanton Basel-Stadt hat am 26. September 2018 die Marke von 200 000 Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht und überschritten. Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann und Regierungsrat Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements, empfingen deshalb – stellvertretend für alle Neuangemeldeten – gestern eine Gruppe aus vier Einzelpersonen und einer Familie mit einem Neugeborenen zur kleinen Feier im Kundenzentrum der Bevölkerungsdienste im Spiegelhof.

Für den Empfang wurde eine Gruppe jener Personen eingeladen, die am Mittwoch, 26. September 2018, ihren Zuzug im Kundenzentrum des Spiegelhofs gemeldet haben oder deren Geburt an jenem Tag gemeldet worden ist.

Der Kanton Basel-Stadt hat erstmals im Jahr 1952 die Marke von 200 000 Einwohnerinnen und Einwohnern überschritten. Den Höchstwert von 236 219 Einwohnerinnen und Einwohnern erreichte er Ende 1970. Ein stetiger Bevölkerungsrückgang in den folgenden Jahren führte dazu, dass 1986 die Bevölkerungszahl wieder unter 200 000 fiel. pdm

SP-Grossrat fordert mehr Biogas auf IWB-Netz

Anteil soll auf 30 Prozent erhöht werden – ohne Zukauf im Ausland ist das kaum möglich

Von Martin Regenass

Basel. Überweist der Grosse Rat in naher Zukunft einen Vorstoss von SP-Grossrat Stephan Luethi-Brüderlin an die Regierung, muss sie dafür sorgen, dass dem Erdgas auf dem Gasnetz bis 2030 «mindestens 30 Prozent erneuerbares Gas» beigemischt wird. Vor diesem Schritt, so sieht es Luethis Vorstoss vor, soll bis 2020 der Anteil an erneuerbarem Gas auf zehn Prozent erhöht werden. Erneuerbares Gas, das auch als Biogas bekannt ist, produziert in der Region zum Beispiel die Biopower Nordwestschweiz AG in Pratteln. Die Anlage befindet sich neben der Autobahnraststätte und verarbeitet Grüngut aus Küche und Garten zu Gas. Dieses wird ins Netz der Industriellen Werke Basel (IWB) eingespiesen, mit dem normalen Erdgas gemischt und an die IWB-Kunden von Gipf-Oberfrick über Basel bis Schönenbuch geliefert.

Die Biopower in Pratteln produziert rund 1,8 Millionen Kubikmeter Biogas jährlich durch Vergärungsprozesse. Verrechnet man diesen Wert mit dem 2017 gelieferten Gas der IWB an Kunden und eigene Anlagen von rund 350 Millionen Kubikmetern pro Jahr, beträgt der Anteil an regional produziertem Biogas auf dem IWB Netz rund 0,5 Prozent.

Diesen tiefen Wert erhöhen die IWB in ihrem Portfolio mit Beteiligungen an zwei Biogas-Anlagen in Deutschland. Mit den Produktionsstätten in Parum in Mecklenburg-Vorpommern und im niedersächsischen Heinfeld kommen die IWB auf umgerechnet rund vier Millionen Kubikmeter selber produziertes Biogas. Damit hebt sich der Anteil an eigenem Biogas auf dem Netz rechnerisch auf rund 1,1 Prozent. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass dieses in Deutschland produzierte Biogas die Haushalte in Basel wohl kaum erreicht.

«Ambitiöses Ziel»

Den Kunden in der Region verkaufen die IWB das Erdgas standardmässig mit einem Anteil von fünf Prozent Biogas. «Falls die Menge aus der Eigenproduktion nicht reichen sollte, ergänzen wir sie mit Zukäufen am Beschaffungsmarkt. Dies geschieht in Form von Zertifikaten», sagt IWB-Mediensprecher Erik Rummer. Zur Forderung nach einer Steigerung des Biogasanteils auf mindestens 30 Prozent bis 2030 äussert sich Rummer zurückhaltend. «Es obliegt jetzt den politischen Institutionen zu beurteilen, ob und wie die in der Motion gemachten Vorschläge weiter zu bearbeiten sind.»

Marco Rüegg, unabhängiger Berater der Energiewirtschaft, nennt das ange-

strebte Ziel von 30 Prozent «ambitiös». «Die Gasversorger sind unsicher ob es erreichbar ist, der Verband der Schweizer Gasversorgungsunternehmen sagt, dass es möglich ist.» Auf jeden Fall, so Rüegg, müssten die Gasversorger für die Zielerreichung grosse Mengen an Biogas im Ausland einkaufen, was dort auch den Bau zusätzlicher Anlagen bedinge.

«Es ist sicherlich gut, dass man diesen Weg einschlägt, um den CO₂-Ausstoss zu senken. Im Endeffekt geht es auch darum, die Akzeptanz von Erdgas durch eine Ökologisierung zu steigern.» Die Produktion des Biogases in der Schweiz würde sich auch auf den Preis niederschlagen. Rüegg: «In der Schweiz fällt vergleichsweise wenig Biomasse in Form von Grüngut an. Hier sind die Anlagen zur Produktion von Biogas daher kleiner und unwirtschaftlicher als im Ausland.»

Produktionsanlagen dazu bauen

Dennoch gibt es 32 Abfallverwertungs- oder Kläranlagen in der Schweiz, die Biogas produzieren und ins Netz einspeisen. «Die Schweizer Biogas-Produktion dürfte am ganzen Erdgasverbrauch etwa ein Prozent betragen», sagt Hans-Christian Angele, Leiter Politik beim Verband der Schweizer Gasversorgungsindustrie. Ob die Forderung in

Basel von 30 Prozent Biogas realistisch umzusetzen ist, sei schwierig zu beantworten. Angele: «Die Frage ist auch, wie viel Geld die Kunden ausgeben wollen, denn die Produktion von Biogas in der Schweiz ist um einiges teurer als im Ausland.» Sollte das Biogas aus dem Inland kommen, dann müssten die IWB gemäss Angele «einige Produktionsanlagen dazu bauen», um den höheren Bedarf zu decken. Stamme es aus dem Ausland, nehme man es quasi den dortigen Konsumenten weg. Angele: «Damit wird aber die Nachfrage im Ausland gesteigert und es können neue Anlagen zugebaut werden.»

Mike Keller, Geschäftsführer der Biopower Nordwestschweiz AG, sieht in der Region ein beschränktes Potenzial zur Produktion von Biogas. «Bei einer Ausnutzung des theoretisch möglichen Potenzials inklusive Produktion auf Bauernhöfen sind maximal 20 Prozent zu erreichen.» Laut Keller sollten primär die eigenen Möglichkeiten zur physischen Herstellung von Biogas genutzt werden. Basel-Stadt könnte hierzu einen Schritt machen, indem Grüngut und Küchenabfälle getrennt gesammelt und vergärt würden.

Zudem kommt mit dem Ausbau und der Sanierung der Kläranlage in Kleinhüningen ein weiterer Produzent von Biogas ans Netz.

ANZEIGE

GÖNNERVEREIN HILDEGARD

ÖFFENTLICHE FÜHRUNG PALLIATIVZENTRUM HILDEGARD

Mittwoch, 31. Oktober 2018
17.30 Uhr, Dauer rund 1 Stunde

Anmeldung inklusive Personenzahl an: anmeldung@goennerverein-hildegard.ch

Wir freuen uns, Sie im Palliativzentrum Hildegard begrüssen zu dürfen und Ihnen einen spannenden Einblick in das Spital zu geben.

Palliativzentrum Hildegard
St. Alban-Ring 151, Postfach, 4002 Basel
T +41 61 319 75 75, www.pzhi.ch